

# Die "Rote Revue" 1930-1940 (V)

Autor(en): **Schnyder, Moia**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **51 (1972)**

Heft 4

PDF erstellt am: **17.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338520>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Die «Rote Revue» 1930–1940 (V)

### IV. Lohnabbau

Hand in Hand mit den Wirtschaftskrisen ging seit jeher die Teuerung, so auch in dieser Krise. Durch die Preissteigerung für Rohstoffe wurden auch die Preise der Fertigwaren gesteigert. Die hohen Weltmarktpreise für Lebensmittel bedingten eine Preiserhöhung von 6 bis 15 Prozent auf dem Inlandmarkt, im Kleinhandel. Die Löhne aber wurden nicht angepasst. *Winkelried* zitierte Karl Marx:

«Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt die Armut und die Konsumationsbeschränkung der Massen.»<sup>100</sup>

Die Kapitalisten schienen dies nicht begriffen zu haben, denn

«bald nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise wurde auch in unserem Lande die Parole ausgegeben, die Krise könne überwunden werden durch Senkung der Preise und Löhne».<sup>101</sup>

Die Unternehmer glaubten, mit niedrigen Löhnen könnten sie die Preise ihrer Produkte auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig halten und so den Absatz ihrer Ware garantieren. Solchen Forderungen stellten sich die Arbeiter heftig entgegen, sie sahen, dass mit dieser Politik die Krise nicht überwunden werden konnte, sondern dass sich daraus nur noch mehr Not und Schwierigkeiten ergeben würden. Sie hatten das Spiel der Fabrikanten und des Bundes, der jene in Schutz nehmen wollte, indem er auch in seinen Betrieben Lohnabbaupolitik betrieb, durchschaut. Sie hatten erkannt, dass die Krisenlast auf die Arbeiterschaft abgewälzt werden sollte. Energetisch traten sie deshalb gegen den Lohnabbau, für die Krisensteuer und für die Arbeitszeit mit Lohnausgleich ein. Durch die Rationalisierung war verschiedentlich der Wunsch nach Arbeitszeitverkürzung laut geworden. Die 40-Stunden-Woche wurde diskutiert. Heftigste Streitigkeiten löste dabei die Frage des Lohnausgleiches aus; auch die RR nahm dazu Stellung.<sup>102</sup> Sollte im gleichen Stundenlohn gearbeitet werden? Das wäre einer Wochenlohneinbusse von einem Sechstel gleichgekommen. Konnte gleichzeitig mit der Arbeitszeitverkürzung eine Lohnerhöhung bis zum Wochenausgleich bewilligt werden?

Natürlich lehnten die Arbeitgeber diesen Antrag ab. Der durch die Rationalisierung erlangte Mehrertrag sollte in ihre Taschen fließen. So argumentierte *V. Gawrowsky*<sup>103</sup> und bewies dann die Unzweckmässigkeit der 40-Stunden-Woche *ohne* Lohnausgleich:

<sup>100</sup> Winkelried, Mai 1935, S. 285

<sup>101</sup> Max Weber, November 1936, S. 73

<sup>102/103</sup> V. Gawrowsky, März 1933, S. 239

Die Lohnsumme bleibe gleich, also auch die Kaufkraft der Arbeitermassen verändere sich nicht. Es wäre kein Krisenausweg geschaffen. *Mit Lohnausgleich* aber würde die Kaufkraft steigen. Freilich müssten in diesem Fall die Besitzenden die Last tragen. *Dies wäre ein Ausweg aus der Krise.* Trotz allen Gegenargumenten von seiten der Arbeiter waren die Löhne in der Zeit der Arbeitslosigkeit 1931 bis 1935 im Durchschnitt um 10 Prozent zurückgegangen. Auch auf dem Arbeitsmarkt richteten sich die Preise nach Angebot und Nachfrage. Für viele Arbeitnehmer ergab das ein Einkommen, das unter dem Existenzminimum lag.

Noch einmal wurde eine Lohnausgleichforderung laut, als bei Kriegsausbruch hauptsächlich die Preise der weltmarktabhängigen Güter wieder kletterten. In den ersten sieben Kriegsmonaten waren die Grosshandelspreise um 23 Prozent, die Rohstoffpreise um 38 Prozent gestiegen. Auch die Nahrungsmittelpreise machten dieses Wettklettern mit, wenn auch nur langsam. Die Lebenshaltungskosten waren um 5½ Prozent angewachsen, die Löhne seit 1936 aber nur um 3 bis 4 Prozent erhöht worden.

*Max Weber*<sup>104</sup> war der Ansicht, dass eine Lohnanpassung nur gerecht gewesen wäre. Oder sollten etwa die Arbeiter auch noch die Kriegslasten tragen?

## V. Deflation — Inflation — Devaluation

Verbunden mit dem Problemkreis des Lohnabbaues war die Deflationspolitik des Bundes. *Robert Bratschi*<sup>105</sup> fragte sich 1934, ob der Bundesrat diese Deflationspolitik bis zur Katastrophe weitertreiben wolle.

Bundesrat *Musy* hatte sie 1931 gefordert, der Gesamtbundesrat sich ihm nach einigem Zögern angeschlossen. Bereits 1932 wurde diese Abbaupolitik aufgegeben. Als Anfang 1934 die Metallindustrie Lohnabbau ankündigte, zeigte es sich, dass *Musy* immer noch Anhänger hatte. Auch im Baugewerbe wurden Stimmen zugunsten des Lohnabbaues laut. Eine neue Abbauwelle drohte der Schweiz. *Max Weber*<sup>106</sup> kritisierte, die Deflation als Folge der Abbaupolitik könne keinen Ausweg aus der Krise bringen. Auch das Gegenteil, die Inflation, sei dazu nicht geeignet. Am ehesten käme noch die Devaluation in Frage. Nur bedeute auch sie ein Risiko. Ein einzelnes Land könne wohl für sich die Preissenkung aufhalten, indem es seine Währung abwerte. Wenn aber alle Länder abwerteten, bleibe der Stand gleich. Keine der drei Arten Währungspolitik zeigte den Weg aus der Krise, am wenigsten aber die Deflation. Erfreut kommentierte *Max Weber*<sup>107</sup> die Abstimmung vom 26. September über die Krisenpolitik des Bundes, die bisherige hatte ihren Abschluss gefunden. Offiziell war bekanntgegeben worden, weitere Deflation wäre ein Verbrechen am Schwei-

<sup>104</sup> Mai 1940, S. 329

<sup>105</sup> April 1934, S. 231

<sup>106</sup> Mai 1940, S. 329

<sup>107</sup> November 1936, S. 73

zervolk. Man ging nun an den Aufbau der Wirtschaft und an die Verminderung der Arbeitslosen.

## **VI. Arbeitsbeschaffung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit**

### **Plan der Arbeit**

Schon seit langem hatten die Gewerkschaften Arbeitslosenkassen und Arbeitslosenversicherungen unterhalten. Diese Ansätze waren jedoch nur gering. Für die Gewerkschaften bedeuteten sie trotz Bundessubventionen eine grosse Belastung. Zudem stellte *Martin Meister*<sup>108</sup> mit Bedauern fest, dass sie in einer Krise wie dieser nicht einmal viel ausrichten konnten. Es war aber klar, dass die Arbeitslosigkeit, welche die ganze Gesellschaft bedrohte, die Krise noch stark vertiefte. Durch den Verdienstausschlag, den sie herbeiführte, wurde die Kaufkraft vermindert, was nicht ohne erhebliche Auswirkungen auf den Inlandmarkt blieb. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ging deshalb alle Klassen an. Nach dem Ersten Weltkrieg hatten die Notstandsarbeiten aus dem grössten Elend geholfen. Befriedigende Resultate waren aber nicht erreicht worden. Die Arbeitsbeschaffung musste deshalb systematisch vorbereitet werden.

Wie erging es den Arbeitern, was wurde für sie getan? fragte sich *Emil Moser*.<sup>109</sup> Die Krisenhilfe war höchst mangelhaft. Eine Unterstützung kam nur Arbeitern zu, welche eine Mindestanzahl Arbeitstage pro Jahr vorweisen konnten. Gerade den Bedürftigsten, den vollständig Arbeitslosen wurde nicht geholfen. Auch auf die noch in Arbeit Stehenden wirkte die Arbeitslosigkeit drückend. Die Löhne wurden gedrückt. Es gab Familien, die mit 50 bis 60 Franken im Monat haushalten mussten! Die Krise war nicht mit Almosen zu bekämpfen, Arbeitsbeschaffung tat not. Die SPS machte sich daran, die nötigen Unterschriften für eine Initiative zu sammeln, für ihre Initiative des Plans der Arbeit. Dieser Plan sollte eine Erweiterung zur eigentlichen Kriseninitiative sein, er sollte die Krise an den Wurzeln fassen und die Voraussetzungen für den Wiederaufbau der Wirtschaft schaffen. An zwei Punkte der schweizerischen Volkswirtschaft knüpfte der Plan an.

*Emil J. Walter*<sup>110</sup> erklärte, dass die Schweiz auf den Export angewiesen sei. Der Export sollte deshalb gefördert werden. Dabei musste achtgegeben werden, dass nicht die Einfuhr zu stark eingeschränkt wurde, die Schweiz brauchte den Lebensmittel- und Rohstoffimport. Eine Drosselung der Einfuhr hätte ungewollt eine Einschränkung der Ausfuhr zur Folge gehabt.

Eine Exportförderung würde sowohl das Kapital als auch die Zahl der Arbeitsplätze vergrössern,<sup>111</sup> versicherte er. Neben dieser äusseren Arbeitsbeschaffung war eine innere geplant. Bereits hatte sich eine Eingabe des

<sup>108</sup> September 1930, S. 14

<sup>109</sup> Dezember 1933, S. 104

<sup>110</sup> Mai 1935, S. 281

<sup>111</sup> Emil J. Walter, Mai 1935, S. 281

Gewerkschaftsbundes an den Bundesrat damit beschäftigt. Der Plan der Arbeit nahm diese Idee auf und baute sie aus. Der Bund, die Kantone und die Gemeinden gaben als Arbeitgeber zusammen etwa jährlich 600 Millionen Franken aus. 20 Prozent dieser Arbeiten, Strassenbau, Wohnungsbau usw., konnten ohne weiteres auf die Krisenzeit verschoben werden. Das hätte gut 10 000 Arbeitskräfte ein Jahr lang beschäftigt. Hauptsächlich im Baugewerbe war eine Arbeitsbeschaffung dringend erforderlich, hier hatte die Arbeitslosigkeit im letzten Jahr (1934 bis 1935) erschreckend zugenommen.

Immer wieder wurde dem Plan der Arbeit vorgeworfen, er sei zu teuer. Dieser Vorwurf war aber nicht berechtigt. Die Arbeitsbeschaffung war trotz allem die billigste Krisenmassnahme.

35 bis 55 Prozent der Arbeitsbeschaffungskosten würden als Arbeitslosenunterstützung eingespart werden. Eine gewisse Summe blieb erforderlich, das war eine Tatsache. Wie aber sollten diese Mittel flüssig gemacht werden? Nun warf die SPS dem Staat vor, für einen Krieg könne die Finanzierung von heute auf morgen besorgt werden, warum sollte das nicht auch in Friedenszeiten möglich sein?

Die SPS hatte eine ganze Reihe Vorschläge bereit. Im Artikel «Arbeitsbeschaffung – um jeden Preis» zeigte *Friedrich Schneider*<sup>112</sup> eine Möglichkeit am Beispiel Basel: Der *Arbeitsrappen*, eine Steuer von 1 Prozent auf allen Einkommen, ausser auf solchen unter 1000 Franken von Ledigen und 1500 Franken von Verheirateten, sollte erwartungsgemäss 2,5 Millionen Franken einbringen. Darauf hatte Basel ein Bankanleihen aufgenommen, mit dem es ein kantonales Arbeitsbeschaffungsprogramm finanzierte. Warum sollte das auf Bundesebene nicht möglich sein?

Eine andere Idee fiel zusammen mit einer alten Forderung der SPS, der Vorschlag für eine gerechte Lagerung der Steuerlast. Die RR<sup>113</sup> warf dem Bund vor, das Grosskapital sei bis jetzt immer geschont worden, seine Steueransätze seien im Vergleich zu jenen der kleinen Einkommen viel zu niedrig gehalten.

Noch einem andern Missstand sollte abgeholfen werden: den Vermögensunterschlagungen, die auch nicht bei den kleinen Einkommensklassen zu suchen waren.

Mit einer stärkeren Kontrolle, vielleicht sogar mit einer «Quellensteuer», hätte das Staatseinkommen und damit indirekt der Arbeitsbeschaffungskredit erhöht werden können. Man sieht, die SPS wartete mit konkreten Vorschlägen, einem einheitlichen Programm für die Krisenbekämpfung auf.

<sup>112</sup> Februar 1937, S. 185

<sup>113</sup> Ernst Nobs, Juli 1936, S. 369

## Nachwort

Naturgemäss finden alle aufgezeigten Auseinandersetzungen in der RR ihren ideologisch gefärbten Niederschlag.

Die Durchsicht all der Jahrgänge zeigte so recht das Sendungsbewusstsein der Sozialdemokratie, mit oft drastischer Schwarz-Weiss-Malerei wurde dies betont.

Beim Lesen der Artikel zum Zweiten Weltkrieg kommt dies wohl am besten zum Ausdruck. In der Vorkriegswelt schien es nur zwei Lager zu geben, die Sozialdemokratie und den Faschismus; in denselben Tiegel wurden Kapitalisten und Nationalsozialisten geworfen, auch England und Frankreich, die ihrer ewigen Aktionsunfähigkeit wegen zur Verbreitung des Nationalsozialismus beigetragen hatten, gehörten dazu.

Erst später wurden dann Zugeständnisse an das Bürgertum und an den Westen gemacht, mit ihm zusammengespannt gegen den Nationalsozialismus.

Ähnlich verhielt es sich mit den Artikeln, die sich mit der Wirtschaftskrise beschäftigten. Die Krise war aus dem Kapitalismus entstanden, *in ihm* konnte sie nicht behoben werden. Alle Versuche von kapitalistischer Seite wurden vernichtend gewertet. Allein der Sozialismus konnte in geordnete Bahnen führen. Auch hier ging man vom radikalen Weg ab und bemühte sich um eine Lösung *im* kapitalistischen Wirtschaftssystem.

Am deutlichsten aber zeigte sich die Umkehr im Problemkreis der Landesverteidigung. Anfangs antimilitaristisch, begann man sich 1934 mit einer eventuellen Beteiligung der Sozialisten an der Landesverteidigung auseinanderzusetzen und bekannte sich 1936 offiziell *zur* Landesverteidigung.

Die Idee der Internationale wurde vorübergehend in den Hintergrund gestellt und die Einheit der Schweiz, der Friede und die Freiheit als das eigentlich Erstrebenswerte anerkannt.